

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Ein Jahr Mindestlohn
in Sachsen – Bilanz
und Ausblick



Seite 7:
Förderrichtlinie
»Wir für Sachsen«
stärkt Ehrenamt



Seite 14:
Veranstaltung zum
Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus

Ausgabe
1.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

wir brauchen einen starken Staat, der Recht setzt und Recht konsequent durchsetzt, und wir brauchen einen demokratischen Rechtsstaat, der Grenzen kennt und sichert, damit er zuverlässig funktioniert.

Diese Feststellung habe ich auf unserem traditionellen Neujahrsempfang vor rund 450 Gästen in den Mittelpunkt meiner Rede gestellt, eine Bilanz des Vorjahres gezogen und einen Ausblick auf die vor uns liegenden Herausforderungen unternommen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen wollen Stabilität, Wohlstand und Sicherheit in ihren Lebensverhältnissen. Das gilt für ihr Leben als Sachsen genauso wie für ihr Leben als Deutsche und Europäer. Ureigene Aufgabe unseres Landesparlamentes ist es, dafür möglichst günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Vor allem das fördert das Vertrauen der Bürger in den Sächsischen Landtag.

Abgesehen von den in der zweiten Jahreshälfte bevorstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2017/2018 haben bereits die ersten beiden Plenartage signalisiert, welche Themen in den kommenden Monaten ganz oben auf der Tagesordnung des Sächsischen Landtags stehen und die Arbeit in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und im Plenum bestimmen werden. Wirtschaft und Arbeit sind dabei ebenso zu nennen wie innere Sicherheit, bürgerschaftliches Engagement und Umweltschutz. Konkret debattierten die Abgeordneten dabei über ein Jahr Mindestlohn in Sachsen, die Angriffe auf Flüchtlinge, Ehrenamtliche, staatliche Einrichtungen und Abgeordnetenbüros, die Stärkung des Ehrenamtes und Fördermittel für den Naturschutz. Zudem hat die Enquete-Kommission zur Pflege älterer Menschen ihre Arbeit aufgenommen, die sich mit einem politischen Gestaltungsfeld befasst, das für unsere Gesellschaft auch in Sachsen immer wichtiger geworden ist.

Dass Parlamente dann an Gestaltungskraft gewinnen, wenn sie zentrale gesellschaftliche Probleme lösen oder wirkungsvoll zur Problemlösung beitragen, besitzt auf allen Ebenen – von den Kommunalvertretungen bis zum Europäischen Parlament – Gültigkeit. Im Sächsischen Landtag haben wir Sachsen das selbst in der Hand. Lassen Sie uns politische Gestaltungsfähigkeit beweisen.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

27. Sitzung des Sächsischen Landtags
Ein Jahr Mindestlohn in Sachsen
Bilanz und Ausblick auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD 4

27. Sitzung des Sächsischen Landtags
Für einen funktionierenden Rechtsstaat
DIE LINKE: Angriffe auf Flüchtlinge erfordern
Regierungsverantwortung 6

28. Sitzung des Sächsischen Landtags
Wir für Sachsen
CDU und SPD: Bürgerschaftliches Engagement
wird gestärkt! 7

Hintergrundinformation
zur Förderrichtlinie im Ehrenamt 9

28. Sitzung des Sächsischen Landtags
Naturschutz vor dem Aus?
GRÜNE: Fördermittelproblematik sofort lösen 10

PARLAMENT

Landtagspräsident betont Relevanz eines starken Staates
Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag 12

AKTUELLES

Enquete-Kommission zur Pflege nahm Arbeit auf
Oliver Wehner zum Vorsitzenden gewählt 11

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus 14

SONDERTHEMA

Integre Gesinnungsethikerin als Gegnerin
des »real existierenden Sozialismus«
Annemarie Müller 18

NEU

WEGWEISER PARLAMENT

Wegweiser Parlament
Eine neue Rubrik wird vorgestellt 20

GESCHICHTE

»Der Sitzungssaal der zweiten Kammer war [...] als Saal zur Eröffnung bestimmt« 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titelmotiv: Alexander Nachama, Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, bei der Gedenkstunde am 27. Januar 2016 // Foto: S. Giersch

Rechtsstaat stärken und Ehrenamt fördern



Foto: R. Deutscher

// Schwerpunkte der 27. Sitzung des Sächsischen Landtags am 3. Februar 2016 waren eine Aktuelle Debatte zu Ergebnissen der Mindestlohn-Einführung in Sachsen vor einem Jahr und das Thema der Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates angesichts der Gefahren von Selbstjustiz durch Bürgerwehren. Die 28. Sitzung am 4. Februar widmete sich schwerpunktäßig der Förderung ehrenamtlichen Engagements in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur oder Sport. //



Uwe Nösner

Ein Jahr Mindestlohn in Sachsen

Bilanz und Ausblick auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Für seine Fraktion, so Alexander Krauß, CDU, sei bei der Einführung des Mindestlohns vor einem Jahr wichtig gewesen, dem Ziel näherzukommen, dass jemand, der arbeite, am Monatsende mehr habe als jemand, der nicht arbeite. Diesbezüglich wies er darauf hin, dass ab 2017 eine Mindestlohnkommission, paritätisch besetzt mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Höhe des Mindestlohnes festlegen werde. Wer künftig ein Problem

// Einen Schwerpunkt der 27. Sitzung des Sächsischen Landtags am 3. Februar 2016 bildete die Aktuelle Debatte zum Thema »Ein Jahr Mindestlohn in Sachsen – Bilanz und Ausblick«. Beantragt hatten sie die Fraktionen CDU und SPD. //

damit habe, weil er zu hoch oder zu niedrig sei, der möge sich nicht an die Politik, sondern an die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wenden, weil es dann deren Aufgabe sei, das auszuhandeln. Wenn der Mindestlohn zu niedrig sei, dann wirke er nicht; sei er aber zu hoch, dann fielen Arbeitsplätze weg. Bis 30. Juni 2016 sei jetzt ein diesbezüg-

licher Vorschlag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erwarten, der ab dem 1. Januar 2017 umgesetzt werde.

Erfolgsprojekt

Henning Homann, SPD, erinnerte daran, dass es zur Einführung des Mindestlohns viele Horrorszenerarien vom Arbeitsplatzab-

bau bis hin zu Schwarzarbeit gegeben habe. Keines davon sei eingetreten. Im Gegenteil entfalte der Mindestlohn eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche Wirkung. Seine Einführung sei auch eine Frage der Würde gewesen. Vom verdienten Geld müsse man auch leben können. Der Wert der eigenen Arbeit sei wieder stärker spürbar. Mehr Geld auf dem Gehaltszettel, mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und weniger Arbeitslose



// Alexander Krauß



// Henning Homann



// Nico Brünler



// Silke Grimm



// Petra Zais

bestätigten den Erfolg. Allein in Sachsen profitierten rund 250.000 Menschen davon. Bundesweit seien es 3,7 Millionen. Der Mindestlohn zeige, dass Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft keinen Widerspruch bildeten. Auf seine Durchsetzung gegen enorme Widerstände seien die Sozialdemokraten stolz.

Katastrophe blieb aus

Nico Brünler, DIE LINKE, bewertete die Einführung des Mindestlohns auch in Sachsen als eine Erfolgsgeschichte, weil hier aufgrund der in der Vergangenheit forcierten Niedriglohnstrategie bundesweit überdurchschnittlich viele Menschen davon profitierten. Das habe auch mit der Arbeit seiner Fraktion zu tun, die sich noch vor allen anderen seit über zehn Jahren für die Einführung des Mindestlohns stark gemacht habe. Der prognostizierte Einbruch am Arbeitsmarkt sei ebenso ausgeblieben wie der von einigen selbsternannten Wirtschaftsgurus vorhergesagte flächendeckende Umsatzeinbruch im Servicebereich. Das Gegenteil sei der Fall. Es sei eine Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu erleben. Die meisten Menschen seien klaglos bereit, Preiserhöhungen bei Dienstleistungen zu akzeptieren.

Konjunkturabhängig

Silke Grimm, AfD, vertrat die Auffassung, dass eine seriöse und endgültige Bewertung der Auswirkungen des Mindestlohns

auf Sachsens Industrie und Handel erst dann erfolgen könne, wenn sich die Konjunktur abkühle. Derzeit suchten viele Betriebe Fachkräfte und zahlten daher auch mehr als die gesetzlich geforderten 8,50 Euro. Andererseits verkürzten Gastronomen die Öffnungszeiten und erhöhten die Preise, was sie wiederum Gäste koste.

Gesinnungswandel

Petra Zais, GRÜNE, bewertete die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland als eines der besten Ergebnisse, welches die SPD in Regierungsverantwortung unter tatkräftiger

Hilfe der Opposition erzielt habe. Dagegen sei die Verweigerung der Sächsischen Staatsregierung im Bundesrat bei der Zustimmung zum Gesetz über den Mindestlohn einer der peinlichsten Momente für Sachsen gewesen. Mittlerweile habe sich die Meinung zum Mindestlohn allerdings auch innerhalb der sächsischen Union geändert.

Positive Effekte

Abschließend verwies Wirtschaftsminister Martin Dulig unter anderem auf positive Effekte für die Wirtschaft und sah zudem alle Vorbehalte gegen den Mindestlohn durch die

Praxis entkräftet. Der Mindestlohn sei keine Wohltat, sondern eine Sittlichkeitsgrenze. Deshalb lehne er eine Aushöhlung des Mindestlohns für Flüchtlinge ab. Dumping dürfe seitens der Politik nicht zugelassen werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn müsse für alle Gültigkeit besitzen. Was dessen Weiterentwicklung betreffe, so könne er nur an die sächsische Unternehmerschaft appellieren, sich in ihren Arbeitgeberverbänden zu organisieren, damit deren Stimme in Berlin auch gehört werde.



www.landtag.sachsen.de



// Martin Dulig

Der Mindestlohn ist keine Wohltat, sondern eine Sittlichkeitsgrenze.

27. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

Für einen funktionierenden Rechtsstaat

DIE LINKE: Angriffe auf Flüchtlinge erfordern Regierungsverantwortung



// Kerstin Köditz // Fotos: R. Deutscher

Kerstin Köditz, DIE LINKE, stellte klar, dass diejenigen, die vorgäben, für Sicherheit sorgen zu wollen, mitunter selbst Kriminelle und eine akute Gefahr seien. Wer ihr Treiben zulasse, mache die schlimmsten Böcke zum Gärtner. Sie habe voriges Jahr Anfragen zu Bürgerwehren gestellt. Zunächst habe die Staatsregierung behauptet, ihr seien keine Bürgerwehren bekannt. Dann habe es geheißt, es gebe sie doch, aber man wisse nichts darüber. Dieses Nichtwissen sei beängstigend. Christian Hartmann, CDU, betonte, dass Angriffe auf Flüchtlinge, die Schutz suchten, und auf Ehrenamtliche, die helfen wollten, inakzeptabel seien – egal, von wem und vor welchem Hintergrund. Wenn man sich vergegenwärtige, dass es allein von Oktober bis Dezember 2015 in Sachsen 276 registrierte Versammlungen mit einer Vielzahl von Körperverletzungen gegeben habe, dann sei das indiskutabel und bedürfe des konsequenten staatlichen Handelns.

// Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE haben die Angriffe auf Flüchtlinge und Ehrenamtliche sowie die Themen Wachpolizei und Bürgerwehren auf der Tagesordnung der 27. Sitzung des Sächsischen Landtags am 3. Februar 2016 gestanden. DIE LINKE fordert die Regierung dazu auf, Verantwortung für einen funktionierenden Rechtsstaat zu übernehmen. //

Vertrauensverlust

Albrecht Pallas, SPD, nahm auf die Forderung von Dr. Frauke Petry Bezug, bei illegalen Grenzübertritten seitens der Bundespolizei auch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Mit derartigen Forderungen kehre die AfD-Vorsitzende Petry den Rechtsstaat in Deutschland um.

Er könne nur hoffen, dass der menschenverachtende und demokratiefeindliche Charakter einer solchen Politik für noch mehr Menschen erkennbar geworden sei.

Sebastian Wippel, AfD, warf der Regierung vor, die Entwicklung mit ihrer Sparpolitik bei der Polizei erst ausgelöst zu haben. Der Vertrauensverlust

gegenüber dem Staat sei dadurch eingetreten und Ursache für die Bürgerwehren. Selbstjustiz und Anmaßung zur Ausübung staatlichen Handelns erteile auch seine Fraktion eine Absage. Umso nötiger sei es, dass Bürger einen Ansprechpartner bei der Polizei hätten, wie es die AfD bereits vor zehn Monaten im Landtag gefordert habe.

Kampfansage

Nicht nur Sachsen, so Valentin Lippmann, GRÜNE, habe ein Problem mit der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Wenn fast täglich in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte angegriffen würden oder marodierende Neonazis durch die Straßen zögen, dann müsse jeden Tag aufs Neue deutlich gemacht werden, dass Rassismus eine Schande sei und die entsprechenden Taten zu verurteilen und zu bekämpfen seien. Abschließend bekräftigte auch Innenminister Markus Ulbig, dass Gewalt und Angriffe, egal gegen wen, ob gegen Flüchtlinge, Helfer oder Politiker, nicht hinzunehmen und mit aller gebotenen Härte durch Polizei und Staatsanwaltschaft zu verfolgen seien. Kriminelle würden ihrer gerechten Strafe zugeführt. Auch Bürgerwehren bestünden aus selbst ernannten Hilfersheriffs, die ohne rechtliche Grundlage agierten. Wer aber Selbstjustiz übe, der breche das Gesetz.



27. Sitzung des Sächsischen Landtags



28. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

Wir für Sachsen Uwe Nösner

CDU und SPD: Bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt!

// Einen Schwerpunkt der 28. Sitzung am 4. Februar 2016 bildete eine von den Fraktionen CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte. Sie stand unter dem Titel »Wir für Sachsen – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt«. 2006 wurden über 6,1 Millionen Euro an rund 21.000 freiwillig Engagierte über das Förderprogramm »Wir für Sachsen« ausgereicht. 2009 betrug die Förderung bereits über 7,4 Millionen Euro. Für 2016 liegen bewilligte Anträge mit einem Volumen von 8,7 Millionen Euro mit den Schwerpunkten Altenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Heimat- und Brauchtumpflege und Sport vor. //

Hannelore Dietzschold, CDU, würdigte das Ehrenamt als Grundpfeiler der Gesellschaft. Der Freistaat stärke mit dem Förderprogramm »Wir für Sachsen« dieses Engagement. Das

sei bundesweit einmalig. In einem unkomplizierten Verfahren werde eine Vielzahl von Engagierten in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur oder Sport gefördert. Die Koalition

von CDU und SPD habe die Mittel für das Förderprogramm auf 10 Millionen Euro erhöht. Zukünftig würden elf statt bisher neun Monate gefördert. Insgesamt ergebe sich ein Plus von

80 Euro pro Ehrenamtlichem. Das sei ein deutliches Signal. Positiv bewerte sie die Öffnung der Ehrenamtskarte durch die Staatsregierung. Diese solle künftig ab dem 16. Lebensjahr beantragt werden können. Darin sehe sie eine Chance, junge Menschen in Sachsen bei ihrem Engagement zu unterstützen.

Rückenstärkung

Ohne Ehrenamt, so Henning Homann, SPD, greife in Sachsen kein Zahnradchen ins andere. Der Zusammenhalt der Gesellschaft werde durch ehrenamtliches Engagement in den Tafeln, der Jugend-, Behinderten- und Altenhilfe, im Sportverein oder den Kulturinitiativen

// Hannelore Dietzschold

// Henning Homann

// Marion Junge

// Uwe Wurlitzer

// Volkmar Zschocke





Fotos: S. Giersch

maßgeblich organisiert. Es sei die Aufgabe der Politik, den Engagierten den Rücken zu stärken. Auch mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen lobte der Politiker das Sonderprogramm für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe. Wichtig sei es aber vor allem, noch in diesem Jahr ein Qualifizierungs- und Beratungsprogramm zu schaffen. Einen entsprechenden Antrag hätten die Koalitionsfraktionen bereits eingebracht.

dem Vorbild von Thüringen. Ehrenamtliches Engagement dürfe kein Ersatz für gemeinwohlorientierte Arbeit sein, sondern müsse ein freiwilliges und ergänzendes Angebot bleiben.

Potenzial ausschöpfen!

Wie Uwe Wurlitzer, AfD, erklärte, sei das Potenzial, das Ehrenamt zu stärken und zu fördern, noch nicht ausgeschöpft. Egal, ob freiwillige Feuerwehr, die Oma,

Besser fördern!

Seit zehn Jahren, so Marion Junge, DIE LINKE, fördere der Freistaat mit dem Programm »Wir für Sachsen« ehrenamtliches Engagement in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport. Für die geförderten Vereine sei dies eine wichtige Unterstützung. Doch reiche die Landesförderung in Höhe von zehn Millionen Euro aus? Ihre Fraktion halte es für dringend erforderlich, dass gemeinwohlorientierte Arbeit durch öffentliche Beschäftigungsprogramme gefördert und nicht allein dem Ehrenamt überlassen werde. Sie fordere die Koalition auf, ehrenamtlich Tätige zu entlasten, und plädiere für ein Landesprogramm »Öffentlich geförderte Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit« nach

die im Kindergarten vorlese, oder der Fußballtrainer – sie alle erfüllten immanent wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Sie sorgten dafür, dass Kinder und Jugendliche von der Straße geholt würden und Verantwortung zu übernehmen lernten. Dafür müssten verwaltungstechnische und bürokratische Hürden dringend beseitigt werden.

Fast schon peinlich

Gemessen an dem, was Ehrenamtliche leisteten und dem Staat ersparten, so Volkmar Zschocke, GRÜNE, sei es fast schon ein wenig peinlich, wenn die Koalition die staatliche Unterstützung so stark hervorhebe. Natürlich sei es gut, dass zehn Millionen Euro im Doppelhaushalt eingestellt seien, aber das Förderprogramm »Wir für Sachsen« sei nur ein Tropfen

auf den heißen Stein und nur ein erster kleiner Baustein zur nachhaltigen Stärkung des Ehrenamts.

Zu Dank verpflichtet

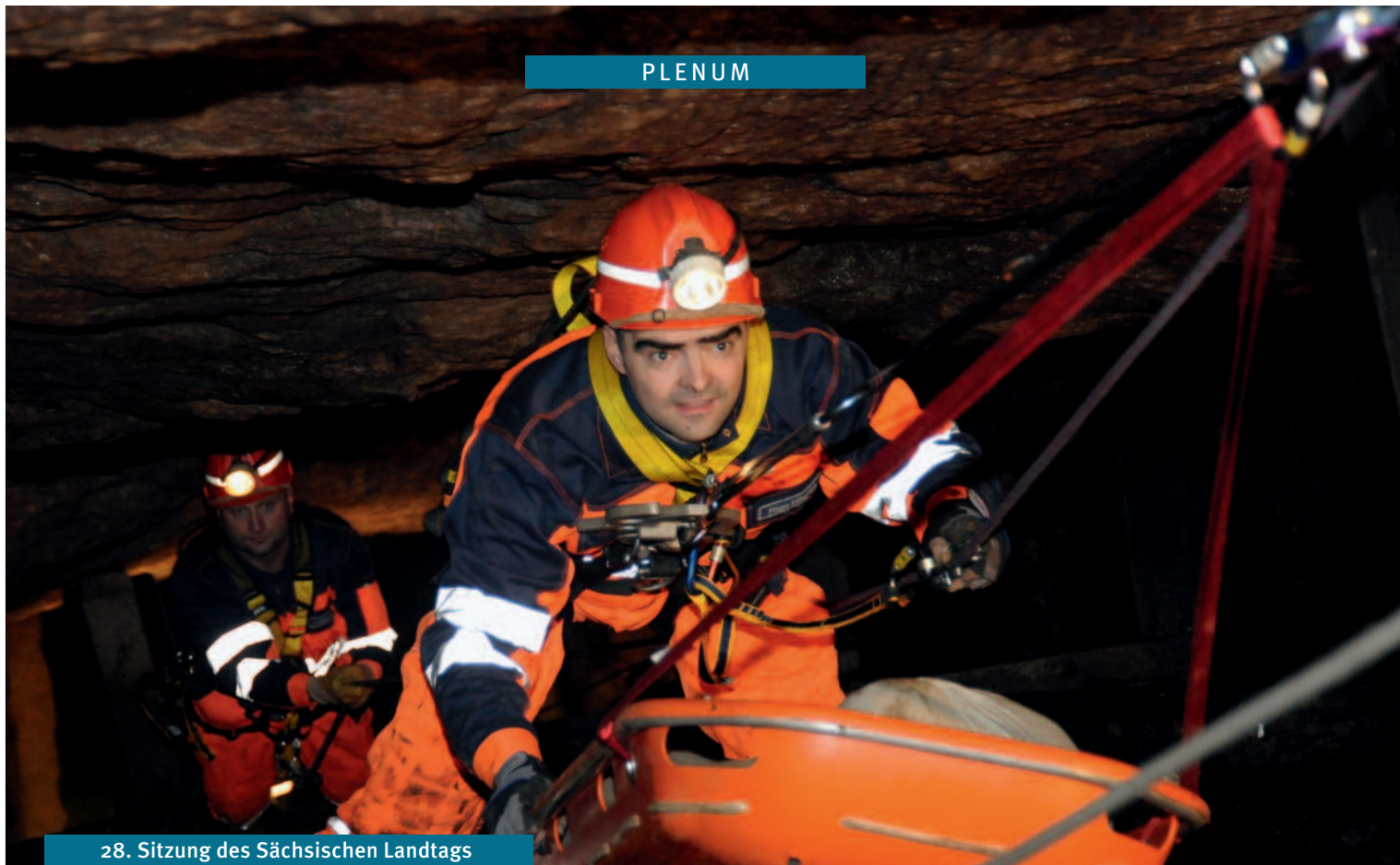
Die Staatsregierung, so Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, sei den Ehrenamtlichen in Sachsen zu Dank verpflichtet. Menschen, die sich ehrenamtlich engagierten, erwarteten nicht unbedingt einen monatlichen Gehaltsscheck, sondern hätten ganz eigene Motive und Bedürfnisse. Es sei insbesondere die Anerkennung, die öffentliche Wertschätzung und individuelle Wahrnehmung, die Menschen motivierten, im Ehrenamt tätig zu sein. Die Idee, gemeinwohlorientierte Arbeit zu bezahlen, berge die Gefahr, dass das Ehrenamt zu einem Hauptamt werde. Er glaube nicht, dass ein solches Ansinnen den Motiven und Anliegen der Bürger wirklich gerecht werde.



// Dr. Fritz Jaeckel

Es ist insbesondere die Anerkennung, die öffentliche Wertschätzung und individuelle Wahrnehmung, die Menschen motivieren, im Ehrenamt tätig zu sein.

28. Sitzung des Sächsischen Landtags



28. Sitzung des Sächsischen Landtags

Hintergrundinformation zur Förderrichtlinie im Ehrenamt

Foto: S. Giersch

Der Freistaat Sachsen fördert das bürgerschaftliche Engagement insbesondere in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport nach der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. In Form eines Zuschusses sollen die freiwillig engagierten insbesondere für Fahrt-, Porto-, Telefon- und Kopierausgaben sowie Aufwendungen für Büromaterialien oder ähnliche Ausgaben entschädigt werden.

Gefördert werden können Projekte beispielsweise in den Bereichen

- Behinderten- und Altenhilfe,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- Wohnungslosenhilfe,
- Integration von Spätaussiedlern und anderen Migranten,

// Die Förderrichtlinie »Wir in Sachsen« hat in der 28. Sitzung des Sächsischen Landtags auf der Tagesordnung gestanden. Lesen Sie dazu folgende Hintergrundinformation zur Stärkung des Ehrenamtes in unserem Land. //

- Umwelterziehung und Naturschutz,
- Heimatpflege und Laienmusik,
- Unterstützung schulischer Bildung und Erziehung,
- Brand- und Katastrophenschutz, Rettungswesen,
- Verkehrswacht und Verkehrssicherheit,
- Gesellschaft, Politik, Rechtsprechung und Kirche.

Eine Zuwendung wird gewährt, wenn

1. das bürgerschaftliche Engagement durchschnittlich mindestens 20 Stunden monatlich beträgt,
2. die freiwillig Engagierten ihren Wohnsitz oder gewöhn-

3. sie nicht für denselben Zweck bereits aus einem anderen Förderprogramm des Freistaates Sachsen oder von Dritten bezuschusst werden.

Antragsberechtigte Projektträger sind unter anderem die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Stiftungen, Verbände und Vereine (soweit sie als gemeinnützig anerkannt sind) sowie Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Zuwendungen werden als Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt. Für jeden ehrenamtlich

Tätigen können die Träger bis zu 40 Euro monatlich erhalten. Die Aufwandsentschädigung stellt kein Einkommen im Sinne des Sozialgesetzbuches dar.

Die Fördermittel werden vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz über die Bürgerstiftung Dresden (Erstempfänger) an die Projektträger (Endempfänger) ausgereicht. Anträge auf Förderung sind bis zum 31. Oktober des Vorjahres bei der Bürgerstiftung Dresden einzureichen.

Ein Beirat gibt Anregungen für die Auswahl der durch die Richtlinie geförderten Projekte.



www.ehrenamt.sachsen.de

Uwe Nösner

Naturschutz vor dem Aus?

GRÜNE: Fördermittelproblematik sofort lösen



28. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Wolfram Günther // Foto: S. Giersch

Sachsen, so Wolfram Günther, GRÜNE, finanziere grundsätzlich in Kofinanzierung mit der Europäischen Union. Darin liege ein ganz großer Haken. Denn im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums tauchten Begriffe wie Naturschutz und biologische Vielfalt fast gar nicht, Biotoppflege überhaupt nicht auf. Das führe dazu, dass die sächsischen Förderprogramme in diesen Bereichen nicht funktionierten. Jan Hippold, CDU, räumte diese

am Anfang einer Förderperiode bestehenden Probleme ein. Wenn man sich aber die Richtlinien »Natürliches Erbe«, »Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen« und »Europäischer Fischereifonds« ansehe, dann sei im Vergleich zur letzten Legislaturperiode eine Verdoppelung der Mittel zu verzeichnen. Die gegenwärtigen Anlaufschwierigkeiten seien auf das Verfahren zurückzuführen. Dieses werde bis April 2016 abgeschlossen sein.

Komplizierte Verfahren

Marco Böhme, DIE LINKE, verwies am Beispiel der Richtlinie »Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen« auf das äußerst komplizierte und zeitaufwendige Antragsverfahren. Erschwerend komme hinzu, dass die Zahlungen erst dann erfolgten, wenn die geförderte Maßnahme beendet worden sei. Die Umweltschutzvereine müssten also in Vorleistung gehen, was für diese mit hohen finanziellen Risiken verbunden sei. Simone Lang, SPD,

// In der 28. Sitzung des Landtags am 4. Februar 2016 befassten sich die Abgeordneten mit der Fördermittelproblematik im Bereich des Naturschutzes. Beantragt hatte die Aktuelle Debatte die Fraktion GRÜNE. //

wiederum bestätigte, dass bis dato in bestimmten Förderbereichen wie Biotopgestaltung und Artenschutz noch keine Anträge bewilligt worden seien. Richtig sei aber auch, dass die Staatsregierung regelmäßig auf ihrer Internetseite über den Bearbeitungsstand informiere, sodass man dieser weder mangelndes Problembewusstsein noch Intransparenz vorwerfen könne.

Verkrustete Strukturen

Jörg Urban, AfD, bezeichnete Sachsens Strukturen beim Naturschutz als verkrustet. Trotz jährlich ausgezahlter dreistelliger Millionenbeträge setze sich der Artenschwund fort und sei die Anzahl der Biotope rückläufig. Naturschutzpolitik konzentriere sich auf temporäre Maßnahmen. Das sei falsch. Beispielsweise würden Maßnahmen wie das Waldmehrungsprogramm und die Förderung von Feldgehölzen finanziell so stark ausgedünnt, dass sie kaum noch durchgeführt würden. Umweltminister Thomas Schmidt stellte abschließend klar, dass der Naturschutz in Sachsen einen unverändert hohen Stellenwert besitze. Die Fraktion GRÜNE habe mit ihrem verengten Fokus auf die Vergabe von Fördermitteln an Naturschutzverbände den Eindruck erwecken wollen, dass es um den Naturschutz im Freistaat Sachsen besonders schlecht bestellt sei. Das Gegenteil sei der Fall. In der aktuellen Förderperiode bis 2020 stelle der Freistaat 200 Millionen Euro bereit.



// Die Enquete-Kommission zur Pflege hat ihre Arbeit aufgenommen. Zum Vorsitzenden hat die Kommission am 20. Januar 2016 einstimmig Oliver Wehner (CDU) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist Susanne Schaper (DIE LINKE). //

Fotos: S. Füssel

Enquete-Kommission zur Pflege nahm Arbeit auf

Uwe Nösner

Oliver Wehner zum Vorsitzenden gewählt

Bis Ende 2017 soll die Enquete-Kommission »Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen« Vorschläge erarbeiten, wie die Versorgung der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen gewährleistet werden kann. Dem Gremium gehören 20 Abgeordnete sowie fünf externe Sachverständige, die von den Fraktionen benannt werden, an. Kommissions-Vorsitzender Oliver Wehner: »Das Älterwerden, ob das eigene oder das der Angehörigen, darf Kindern und Enkeln unserer Generation und den folgenden nicht zur Last werden. Grundsätzlich soll dabei jeder so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können und in Würde alt werden.«

Anzahl der Pflegebedürftigen in Sachsen am Jahresende 2013 um ein reichliches Viertel im Vergleich zur Ersterhebung

1999 erhöht habe. Zwei von fünf der 150.000 Personen, die zu diesem Zeitpunkt Leistungen der sozialen Pflegeversicherung

erhalten hätten, seien ausschließlich Bezieher von Pflegegeld gewesen. In knapp 30 Prozent der Fälle sei die Leistung durch ambulante Pflegedienste bzw. unter deren Beteiligung in Kombination mit Pflegegeld erbracht worden. Mit 31 Prozent Pflegebedürftigen im vollstationären Bereich habe Sachsen leicht über dem Bundesdurchschnitt von 29 Prozent gelegen.

// Oliver Wehner

// Susanne Schaper



Weitere Informationen zu Pflegebedürftigkeit, Pflegeeinrichtungen und Pflegepersonal in Sachsen sind in der Kurzbroschüre »Statistisch betrachtet – Pflege in Sachsen« enthalten.

Zahlen und Fakten

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen hat darüber informiert, dass sich die

www.statistik.sachsen.de/html/496.htm





// Rund 450 Gäste aus Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Leben waren der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang des Landtagspräsidenten gefolgt. Der Auftakt des parlamentarischen Jahres fand wieder in der Lobby des Plenarsaals statt. //

// Dr. Matthias Röbner // Fotos: S. Floss

Landtagspräsident betont Relevanz eines starken Staates

Dr. Thomas Schubert

Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag



In seiner Ansprache widmete sich der Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner der hohen Relevanz eines »funktionierenden, wirkungsmächtigen sowie starken Staates« in Zeiten der Flüchtlingskrise. Wegen der überdurchschnittlichen Solidarität, die Deutschland gegenwärtig bei der Aufnahme geflohener Menschen zeige, falle der Staat »der Gefahr der Überforderung anheim«. Jedoch, so Röbner, sei ein starker demokratischer Staat notwendig, »damit der Rechtsstaat effektiv seine Wirkung entfalten« könne und Extremisten Einhalt geboten werde. Er sei erforderlich, damit die Bürgerinnen und Bürger »ihre Freiheit in Sicherheit leben« können und »die Gesellschaft ihren Wohlstand bewahren und ihn möglichst gerecht verteilen und mehren kann«.



Große Herausforderungen

Angesichts großer äußerer und innerer Herausforderungen müsse der Freistaat Sachsen seine demokratische Gestaltungskraft behaupten, speziell das sächsische Parlament seine Handlungsfähigkeit beweisen. Dies sei zuletzt im Dezember 2015 mit dem kommunalen Investitions- und Finanzkraftstärkungsgesetz gelungen, so Röbner. Der Sächsische Landtag müsse zugleich demokratische Arena sein, in der die Abgeordneten »die Debatte über die Themen Asyl und Flüchtlinge führen, auch über Integration, deutliche Begrenzung von Zuwanderung und konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber«.

In den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2017/2018 dürfe Sachsen nicht von seinem Grundprinzip, dem Verbot der Neuverschuldung, abweichen, so der Präsident des Sächsischen Landtags. »Zugleich müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass Kommunen und Freistaat angesichts der Flüchtlingskrise handlungsfähig sind und nachhaltig gestalten können.« Sachsen rechne für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge mit jährlichen Kosten in dreistelliger Millionenhöhe. »Das muss uns klar sein und muss klar gesagt werden«, betonte Röbner. »Wir dürfen uns und den Bürgern nichts über die finanziellen Folgen des Flüchtlingsgeschehens vormachen.« Weder »politisch-korrekte Sprechrituale« noch »populistische Panikmache« seien hier angebracht, stattdessen würden ein »funktionsfähiger Staat und eine gestaltungsfähige Politik« benötigt.



Für Wachsamkeit und politische Entschiedenheit



Foto: S. Giersch

// In der Gedenkveranstaltung des Sächsischen Landtags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2016 traten Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags, Martin Dulig, stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, und Dr. Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, als Redner auf. In ihrer bewusst politisch gehaltenen Gedenkrede appellierte Frau Dr. Knobloch besonders an die jungen Menschen, wachsam zu bleiben und neue unschuldige Opfer zu verhindern. //



Fotos: S. Giersch

Martina Findeisen

Gedenken an die Opfer

// In ganz Sachsen wurde am 27. Januar 2016, dem Holocaust-Gedenktag, an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Zur Gedenkstunde im Sächsischen Landtag, an der mehr als 300 Gäste teilnahmen, sprach Ehrengast Dr. Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie warnte in einer eindringlichen Rede vor dem Wiedererstarken des Antisemitismus und rief zu mehr Patriotismus und Selbstbewusstsein in Deutschland auf. Auch Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner forderte »mehr politische Entschiedenheit« und »mehr gesellschaftliche Wachsamkeit« im Kampf gegen den Antisemitismus. Der Synagogenchor Dresden sorgte mit seinem Gesang für einen würdigen musikalischen Rahmen. //

// Dr. Matthias Röbner



// Martin Dulig





// Ehrengast Dr. Charlotte Knobloch

des Nationalsozialismus

»Wir gedenken an diesem 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus. Wir gedenken derer, die in der Zeit des deutschen Wütens ihr Leben ließen. Wir trauern mit all jenen, die Angehörige und Freunde verloren. (...) Ihre Schicksale sind uns Mahnung und sie nehmen uns in die Pflicht, an das Menschheitsverbrechen Holocaust zu erinnern. Vor allem aber legen sie uns die Verantwortung auf, den Anfängen zu wehren, auf dass nie wieder geschieht, was ›hätte nie geschehen dürfen‹«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler in seiner Begrüßungsansprache.

Mehr gesellschaftliche Wachsamkeit und politische Entschiedenheit

Er rief dazu auf, mit noch mehr gesellschaftlicher Wachsamkeit und politischer Entschiedenheit gegen antisemitisches Gedankengut und antijüdische Ressentiments vorzugehen. »Es beschämt mich, wenn Juden in Europa heute wieder in Angst leben, wenn sie wieder ihr Judentum in der Öffentlichkeit verbergen müssen und aus Europa emigrieren. Wir alle sind gefordert, uns dem Antisemitismus, ob verbreitet von Rechtsextremisten, von radikalen Muslimen oder verpackt in einer antizionistischen Aggressivität, entschieden zu erwehren«, so Rößler. »Hass gegen

Menschen darf in Deutschland keinen Platz haben«, betonte der Landtagspräsident. »Wir entgegnen ihm mit den unveräußerlichen Werten unserer Verfassung: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaat.« Wer das

angreife, der stelle sich »gegen die aufgeklärte Ethik, auf der die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut wurde, gegen unsere zivilisatorischen Fundamente, unsere nationale Identität und unsere Lehren aus der Geschichte«.





bislang keine überzeugenden Antworten gebe, forderte Knobloch, den Satz »Wir sind das Volk«, der eine Diktatur stürzte, denen zu entreißen, die ihn missbrauchten, um Hass und Zwietracht zu schüren. Wir Demokraten müssten dem Satz, dem »Wir« neue Schlagkraft verleihen. Unser Patriotismus müsse ein Werte-Patriotismus sein. Seit vielen Jahren fordere sie einen aufgeklärten Patriotismus, ein historisch geläutertes, souveränes deutsches Selbstbewusstsein. »Wir müssen endlich stolz und selbstbewusst einen beherzten, kultur- und wertorientierten Patriotismus vertreten – und zwar nicht trotz unserer schrecklichen Vergangenheit, sondern ihretwegen. Nur wer stolz auf seine Heimat ist, auf seine Identität, wer sich leidenschaftlich und kämpferisch zu unserer Demokratie bekennt, hat die Stärke und den Mut, für ihre Werte einzustehen«, so Charlotte Knobloch. Sie forderte aber auch: »Wer mit uns leben möchte – ein Teil von ›Wir‹ sein möchte –, muss sich zu unseren Werten bekennen. Äußerungen oder Handlungen, die dem zuwiderlaufen, sind unverzüglich zu ahnden. Falsch verstandene Toleranz, irrläufige Multi-Kulti-Pseudo-Integration führt zu Parallelkulturen. Ein ›Weiter so‹ wäre verheerend.«

Unser Land darf sein Gesicht nicht verlieren

An diesem 27. Januar 2016 habe sie einen Wunsch: »Unser Land darf sein Gesicht nicht verlieren. Unser Land muss sich treu bleiben. Nur ein stolzes, werte-patriotisches, freiheitlich-demokratisches Deutschland kann es schaffen. (...) Ich appelliere an Politik und Gesellschaft – vor allem an die jungen Menschen in unserem Land: Lassen Sie uns unsere Heimat beschützen! Unsere Geschichte hat ein unkündbares Vermächtnis hinterlassen: Seid wachsam! Das schulden wir den Millionen und Abermillionen Toten. Wir und Ihr (hier wandte sich Frau Knobloch direkt an die anwesenden Schülerinnen und Schüler des Romain-Roland-Gymnasiums – Anm. d. Red.) müssen alles dafür tun, neue unschuldige Opfer zu verhindern. Übernehmt Verantwortung für die Zukunft! (...) Mein Zuruf an Euch und alle jungen Menschen in unserem Land: Lasst Euch in Eurem künftigen Leben von niemandem einreden, wen Ihr zu lieben und wen Ihr zu hassen habt!«

Dass die Botschaften von Frau Knobloch auf fruchtbaren Boden gefallen sind, davon zeugte der lang anhaltende Beifall des Auditoriums.

Verantwortung für unser heutiges Handeln

»Wir tragen die Verantwortung für unser heutiges Handeln, in dem Bewusstsein und dem Wissen um den Holocaust, dass es nie wieder so weit kommen darf«, so Martin Dulig, stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen. »Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch immer zuerst Mensch ist, jeder die Chance auf ein Leben in Würde erhält und niemand um sein Leben fürchten muss. Deswegen stellen wir uns jedem Versuch, zu relativieren und zu verharmlosen, entschieden in den Weg. Wir brauchen Streit um die Sache und Respekt statt Hetzparolen. Wenn es ein Vermächtnis von Auschwitz für die heutige Zeit gibt, dann ist es die besondere Achtung vor den grundlegenden Werten Vielfalt, Toleranz und Mitgefühl in einer pluralen Gesellschaft. Ich bin zuversichtlich, dass es diese Werte sind, nach denen die allermeisten Menschen leben wollen.«

Mehr Patriotismus und Selbstbewusstsein in Deutschland:

»Die jüdische Gemeinschaft blickt mit Sorge in die Zukunft – da Antisemiten immer lauter und aggressiver werden. (...) Sieben Jahrzehnte nach der Schoah werden auch in Europa wieder Menschen ermordet, weil sie Juden sind. Ein Armutszeugnis, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen«, warnte die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h.c. Charlotte Knobloch, in ihrer bewusst politischen Gedenkrede.

Angesichts der Situation in unserem Land, in Europa und der Welt mit täglich wachsenden Problemen, auf die es



www.landtag.sachsen.de

Hintergrund

Der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 ist seit 1996 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Der Sächsische Landtag und die Sächsische Staatsregierung würdigen diesen Tag seit 2006

jedes Jahr mit einer gemeinsamen Gedenkstunde im Plenarsaal des Sächsischen Landtags.

Die kompletten Reden finden Sie auf der Internetpräsentation des Sächsischen Landtags. Die Dokumentation zur Veranstaltung erscheint in der Schriftenreihe »Veranstaltungen des Sächsischen Landtags«.

Mitgestalterin der friedlichen Revolution

// In der Kreuzkirche Dresden, 1984 // Foto: S. Giersch

// Die Beitragsreihe über Menschen, die sich während der friedlichen Revolution von 1989/90 in unterschiedlicher Weise mutig und engagiert für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten Deutschlands engagiert hatten, wird mit einem Artikel über Annemarie Müller, Mitbegründerin des »Ökumenischen Informationszentrums für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und In- uns Ausländerinnenarbeit« (ÖIZ) fortgesetzt. //



// Anlässlich der 25-jährigen Jubiläen der friedlichen Revolution 2014 und der deutschen Einheit 2015 erinnern wir in dieser Rubrik an Persönlichkeiten, die den Wendepunkt der deutschen und sächsischen Geschichte aktiv mitgestaltet haben. Die Reihe wurde in der Ausgabe 5/14 eröffnet. //

// Annemarie Müller // Fotos: S. Giersch

Annemarie Müller ist eine integre Gesinnungsethikerin, keine Opportunistin. Aus der scharfen Kritikerin des DDR-Systems vor der friedlichen Revolution wurde zunächst keine Anhängerin der deutschen Einheit. Sie wollte eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in der DDR, aber keine Wiedervereinigung, schon gar nicht unter kapitalistischen Vorzeichen.

Leben in der DDR

Geboren am 14. Mai 1952 als Tochter eines Pastors in Zwickau, wuchs Annemarie Müller in einem kleinen Dorf nahe Zwickau auf. Aufgrund ihrer christlichen Herkunft und wegen ihrer Weigerung, der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) beizutreten, war ihr der direkte Weg zum Abitur versperrt. Sie erlernte den Beruf einer Krankenschwester an der Universitätsklinik Leipzig. Dort

arbeitete sie zwei Jahre in der Hämatologie, später, bis zur Geburt ihres zweiten Kindes, in der Psychotherapie. Nachdem sie auf der Abendoberschule das Abitur nachgeholt hatte, scheiterte ein Medizinstudium an den staatlichen Behörden.

Die Mutter von vier Kindern, bis 1987 Hausfrau und bereits in dem Seminar »Frieden konkret« aktiv, gehörte von Ende 1987 bis zum Sommer 1989 als Sachbearbeiterin dem Dresdener Büro der Ökumenischen Versammlung an. Unter der Leitung des Superintendenten Christof Ziemer beteiligte sie sich am »Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Kirchen in der DDR«. Während ihres kirchlichen friedenspolitischen Engagements lernte sie viele prominente Bürgerrechtler näher kennen, u. a. Markus Meckel, Friedrich Schorlemmer und Richard Schröder. Als Delegierte der Basisgruppen

vermochte sie selbst Einfluss zu nehmen. Sie sagte nach dem Ende der SED-Diktatur: »Die kritischen Debatten, die oft auch nach draußen drangen, konnten unterm schützenden Dach der Kirche gut geschehen.« Allerdings: »Wie ich später aus meiner Stasiakte erfuhr, war über meine Person die ganze Gruppe ausgehört worden. Die Stasi war also immer präsent, beeinflusst hat sie aber unsere Arbeit nicht.«

Mitbegründerin der SPD

Annemarie Müller war in der ersten Phase der Revolution aktiv, als sie vor über 10.000 Menschen bei einer Dresdner Montagsdemonstration sprach, jedoch nicht mehr dann, als es auf die deutsche Einheit zugeht. Der Besuch Helmut Kohls am 19. Dezember 1989 löste bei ihr keine patriotischen Gefühle

aus: »Als kritische Zweiflerin an der schnellen deutschen Einheit oder gar mit Äußerungen für eine veränderte sozialistische Republik hätte ich mich in diesen Massen nicht outen dürfen. Ich glaube, ich wäre gelyncht worden. Diese Kundgebung der Massen machte mir Angst und ließ mich nicht mehr an eine wirkliche gerechtere und sozialere Zukunft mit diesem Volk glauben. Das führte 1990 dazu, dass ich mich immer stärker aus den sich neu entwickelnden politischen Initiativen zurückzog.« Ihr christlich geprägter Handlungshorizont blieb innerhalb der Grenzen der DDR. »Ich hatte nie das Bedürfnis, die DDR aufzulösen oder sie in ein großes Deutschland zu überführen. Das spielte für mich überhaupt keine Rolle, und ich sah auch keinen Grund dafür. Und ich sehe ihn auch heute noch nicht. In diesem Zusammenhang hatten wir nicht vor, den Sozialismus über Bord

Prof. Dr. Eckhard Jesse

Integre Gesinnungsethikerin als Gegnerin des »real existierenden Sozialismus«

Annemarie Müller

Literatur:

Thomas Meyer, Eine Frau für den Frieden. Annemarie Müller war Mitbegründerin des Ökumenischen Informationszentrums in Dresden, in: ders. (Hrsg.), Helden der Deutschen Einheit. 20 Porträts von Wegbereitern aus Sachsen, Leipzig 2010, S. 24–29.

Annemarie Müller, »Ich glaube, ich wäre gelyncht worden«, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006, S. 88–100.

Annemarie und Matthias Müller, Dresden. 30. November 1991, in: Wolfgang Herzberg/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.), Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interview und Analysen, Bonn 1993, S. 248–275.

zu werfen, weil wir auch viele gute Seiten daran erkannt hatten«, so ihre Aussage Anfang der Neunzigerjahre. Die Bundesrepublik sei für sie damals ein »fremdes Land« gewesen.

Sie nahm mit ihrem damaligen Ehemann als einzige Person aus Sachsen an der Gründung der »Sozialdemokratischen Partei in der DDR« unter konspirativen Bedingungen am 7. Oktober in Schwante nahe Oranienburg teil. Die SPD verließ sie nach einem Jahrzehnt, als die Partei dem militärischen Engagement Deutschlands im Kosovo zugestimmt hatte. Da sich ihre basisdemokratischen Prinzipien gegen jede Art von straffer Or-

ganisation sträubten, war der Beitritt in die sozialdemokratischen Reihen im Grunde ein Missverständnis. In der Bundesrepublik konnte sie ihren lang gehegten Wunsch erfüllen und in Dresden ein Studium aufnehmen (Soziologie, Politikwissenschaft und Kunstgeschichte).

Kontinuität des Friedens-Engagements

1990 wurde sie in Dresden Mitbegründerin des »Ökumenischen Informationszentrums für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung und In- und AusländerInnenarbeit« (ÖIZ) unter Christof Ziemer. Sie baute den Schwerpunkt Friedensarbeit auf. Annemarie Müller ist seit 2001 als Geschäftsführerin des ÖIZ tätig, weiterhin zuständig für den Bereich »Frieden«. Das ÖIZ hebt die Gemeinsamkeiten

in den christlichen Kirchen hervor (u. a. evangelisch-freikirchlich; evangelisch-lutherisch; römisch-katholisch; evangelisch-methodistisch; evangelisch-reformiert; altkatholisch; evangelische Brüdergemeine), will die »Vernetzung« zivilgesellschaftlicher Ansätze ebenso fördern wie den christlich-islamischen Dialog.

Ungeachtet des Wandels in manchen Grundpositionen gegenüber der Zeit von 1989/90, bezogen etwa auf die Wiedervereinigung, strebt sie weiterhin mehr Gleichheit und Solidarität in der Gesellschaft an. Der Wunsch nach Frieden in der Welt bewegt sie nach wie vor. Hatte sie am 3. Oktober 1990 das Gefühl »jetzt verlässt die DDR dich«, so brauchte das »Kind der DDR« lange, um sich an die Einheit zu gewöhnen. Heute sieht sie für die jüngere Generation große Vorteile in der Wiedervereinigung.



Annemarie Müller berichtet gelegentlich in Vorträgen als Gestalterin und Zeitzeugin über ihre Erfahrungen aus der turbulenten Zeit 1989/90, die sie nicht missen möchte. Aus ihrer Feder stammt eine kleine Broschüre über eine mehrwöchige Reise nach Serbien im Jahre 2000. Sie pflegt Kontakte zu dort lebenden Menschen, die teils immer noch unter Kriegsfolgen leiden.



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Geb. 1948 in Wurzen. Studium der Politik- und Geschichtswissenschaft an der FU Berlin; Dissertation zur Wahlrechtsgestaltung; Habilitation zur streitbaren Demokratie. Von 1993 bis 2014 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Systeme, politische Institutionen« an der TU Chemnitz, von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Er ist u. a. Autor des Buches »Politik in Sachsen« (mit Thomas Schubert und Tom Thieme), Wiesbaden 2014.

Die Kardinalfrage stellen sich viele, immer mal wieder und mit unterschiedlichem Wissen; manchmal rhetorisch, auch mal angefressen: »Warum brauchen wir ein Parlament?«

Die Frage kommt einfach und nüchtern daher. Sie gaukelt deshalb auch eine einfache und nüchterne Antwort vor. Und das ist genau der Punkt, an dem wir erklären, hinweisen, erläutern möchten, an dem wir Denkanstöße geben wollen und eben keine einfache Antwort. Leicht ist ein solches Unterfangen nicht, das ist uns bewusst, sicherlich aber ist es notwendig, mindestens aber hilfreich.

Im Landtagskurier wird es deshalb eine neue Rubrik geben, die unseren Landtag und die Arbeit der Abgeordneten wie der Verwaltung vorstellt: »Wegweiser Parlament«. Dafür haben wir eine Art Kataster erstellt – eine Liste von Begriffen, die nach und nach in der neuen Rubrik erklärt und beleuchtet werden.

Inhaltlich angekommen?

Eine seltsame Begebenheit ist es, wenn Besucher in den Landtag kommen, im Plenarsaal Platz nehmen, dann aber wie auf ein Stichwort explosionsartig aus ihren Sitzen schießen, wenn sie hören, welche Fraktion »normalerweise« auf jenen Sesseln Platz nimmt. Der Begriff »parlamentarische Demokratie« ist im Munde vieler, doch inhaltlich nicht überall angekommen. Könnten denn Sessel durch Gedankengut verseucht und unbrauchbar für die Nachwelt gemacht werden?

Unser »Wegweiser Parlament« will Lücken füllen, die im allgemeinen Verständnis von Parlament, von parlamentarischer Demokratie und nicht zuletzt von Parlamentariern und

ihrer Arbeit gern zutage treten. Der »Wegweiser Parlament« will die Institution Parlament besser begreiflich machen, zugleich aber zeigen, dass in einem Parlament Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft

wirken, Menschen, wie wir sie aus Vereinen, Betrieben, Schulen, Universitäten oder unseren Kommunen kennen. Sie alle verbindet die Überzeugung, dass die freiheitliche demokra-

tische Grundordnung weder im Bund noch im Freistaat Sachen verhandelbar ist und die parlamentarische Demokratie die moderne Idee der Volkssouveränität am besten umsetzt.

// Das Wissen über ein Parlament umfasst jede Menge kleinerer und größerer Facetten. Eine neue Rubrik »Wegweiser Parlament« soll Stütze und Hilfe sein. //



Aktuelle Stunde



Fragestunde



Fünf-Prozent-Klausel



Opposition



Fraktion



Mandat

Eine neue Rubrik wird vorgestellt Wegweiser

Bannmeile



Anfrage



Plenum



Was passiert dort eigentlich?

Was ist eine »Konstituierende Sitzung«, die zu Beginn einer jeden Wahlperiode – also nach der Landtagswahl – einberufen wird, und was passiert da? Was macht der »Alterspräsident« und was der Präsident des Landtags? Was ist das Plenum? Weshalb ist die Vollversammlung der Abgeordneten oft so leer?

Wie wird denn eine Frau oder ein Mann überhaupt Abgeordnete bzw. Abgeordneter? Was sind denn »Listen«, die jedem Wähler zur Wahl vorgelegt werden, und wie kommen die zustande? Was ist denn eine Fraktion und wo liegt der Unterschied zur Partei, und gibt es einen »Fraktionszwang«? Was macht ein Fraktionsvorsitzender, was macht der Geschäftsführer einer Fraktion?

Ein Parlament richtet Ausschüsse ein und Arbeitskreise – weshalb? Der Sächsische Landtag hat 13 ständige Ausschüsse, wovon aber nicht alle regelmäßig zu Sitzungen zusammenkommen. Wie das? Mancherorts sind Ausschusssitzungen öffentlich, in den meisten Bundesländern nicht. Warum?

Und schließlich: Was sind denn bitte schön Diäten? Woher kommt das? Welchem Zweck dienen sie? Wer legt den Umfang fest und warum und was geschieht mit einem Abgeordneten, der bei der nächsten Wahl nicht mehr gewählt wird und kein Abgeordneter mehr sein kann?

All diese und noch einige andere Fragen rund um das parlamentarische Geschehen in Sachsen wollen wir erklärend vorstellen. Damit die Kardinalfrage nach der Notwendigkeit eines Parlaments nicht zur Gretchenfrage wird.

Hans-Peter Maier

Parlament

Immunität



Grundgesetz



Gesetzentwurf



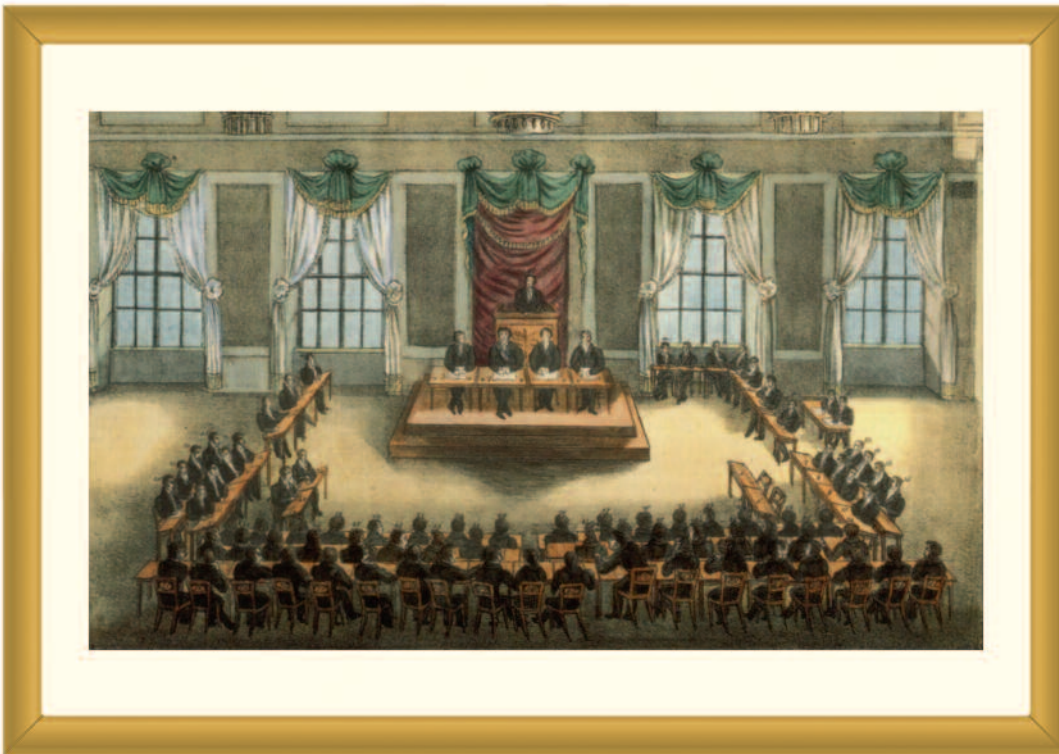
Koalition



Und trotzdem: Wer hat denn nicht schon mal über Abgeordnete geschimpft? Aber haben wir nicht, als wir später dann mehr über die Hintergründe und Zusammenhänge ihres

Handelns wussten, unsere Meinung (insgeheim) geändert, weil wir erfahren mussten, wie schwierig es im demokratischen Diskurs sein kann, die eine Meinung – und sonst keine –

durchzusetzen? Unsere Urteilskraft ist eben nur so gut, wie unser Wissen es zulässt. Fragen zu stellen und Fragen zu beantworten, das ist dabei unerlässlich.



// Sitzung der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtags 1843 (Stadtmuseum Dresden)

Gesetze erlassen werden, um die Nahrungsverhältnisse im Land zu verbessern. Erstmals wurde daher ein sogenannter außerordentlicher Landtag einberufen.

Die Eröffnung 1847

Die Eröffnung des ersten außerordentlichen Landtags fiel auf den 18. Januar 1847. Vom Schluss des letzten bis zur Eröffnung des neuen Landtags war gerade einmal ein halbes Jahr vergangen. Der Plan der Regierung sah vor, nur schnell die benötigten Gesetze zu be-

Andreas Hoffmann

»Der Sitzungssaal der zweiten Kammer war [...]

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland beginnt jede neue Sitzungsperiode des Parlaments traditionell mit der feierlichen Eröffnung durch den englischen Monarchen. Das sogenannte »State Opening« findet in der »Lords Chamber«, dem prunkvoll ausgestatteten Oberhaus, statt. Mit allen Insignien, mit Krone und Hermelinumhang verliert die Königin die Thronrede, die das Regierungsprogramm enthält. Erst wenn der Monarch den Saal verlassen hat, beginnt mit der Debatte über die Rede die neue Parlamentssaison.

Die sächsischen Landtage kannten einst ein ähnliches Prozedere. Über Jahrhunderte hinweg eröffnete auch hier der Monarch die neue Sitzungs-

periode. Jedoch fand dies für gewöhnlich nicht in den Räumen des Landtags, sondern im königlichen Schloss statt. Der Ort der Parlamentseröffnung ist insofern bedeutend, als hier symbolisch ein Machtanspruch ausgedrückt wird. Mit dem Ort wird den Abgeordneten und der anwesenden Öffentlichkeit klargemacht, wer die Macht im Staate innehat, wer wen absetzen oder auflösen kann. Je nachdem, wer wen wohin einlädt, lassen sich so nach außen wahrnehmbare Rangunterschiede verdeutlichen. Im 19. Jahrhundert war die Eröffnung der sächsischen Landtage Teil des höfischen Zeremoniells und fand im Dresdner Schloss statt. Für eine kurze Zeit wich man aber von diesem Verfahren ab, wie ein Aktenvermerk des

Oberhofmarschallamts aus dem Jahr 1847 belegt.

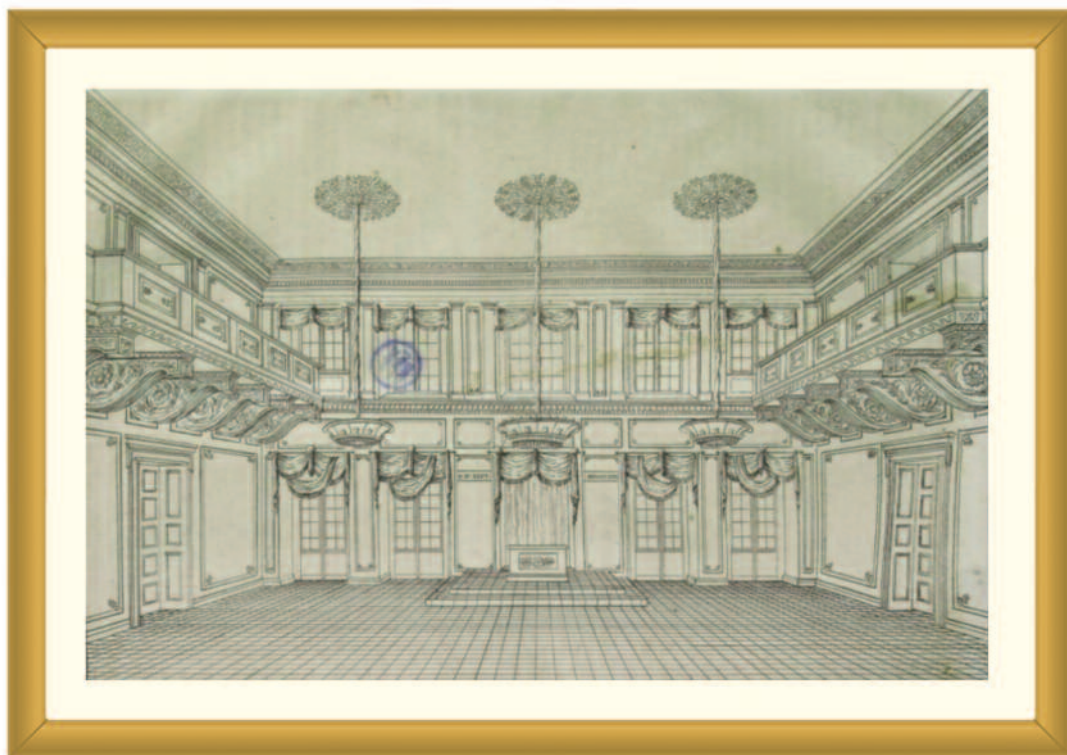
Nach den Buchstaben der Verfassung von 1831 musste aller drei Jahre ein neuer ordentlicher Landtag einberufen werden. Der fünfte konstitutionelle Landtag endete nach neun Monaten feierlich am 17. Juni 1846. Die Abgeordneten kehrten in ihre Heimatorte zurück und widmeten sich wieder ihren privaten Geschäften. Im folgenden Herbst kam es bei der Sächsisch-Bayerischen Eisenbahn zu schwerwiegenden finanziellen Problemen. Der Staat sollte einspringen, um das Unternehmen zu retten. Die notwendigen Summen überstiegen jedoch das genehmigte Budget. Missernten hatten zudem zu einer Hungersnot geführt. Es mussten kurzfristig

schließen, das Geld bewilligen zu lassen und den Landtag gleich wieder aufzulösen. Im Idealfall würde das Ganze nur wenige Wochen dauern. Für diese kurze Zeitspanne schien die bisherige feierliche Eröffnung viel zu pompös und unangemessen. Statt die Räumlichkeiten im Schloss aufwendig herzurichten, nachdem man sie eben erst wieder in ihren eigentlichen Zustand zurückgeführt hatte, schlug das Oberhofmarschallamt vor, die Eröffnungszeremonie im Landhaus vorzunehmen.

Ein Brief vom 21. Januar 1847 gibt Auskunft über die dafür notwendigen Maßnahmen. Der Sitzungssaal der zweiten Kammer war mit allerhöchster Genehmigung als Saal zur Eröffnung bestimmt und besonders hergerichtet worden. Auf Anordnung des Ministeriums des Innern wurden die Rednerbühne und der Tisch, an welchem das Direktorium seinen Platz nahm, entfernt. So wurde an der Wand

// Die Zweite Kammer des Sächsischen Landtags ohne Mobiliar (SLUB Dresden/Digitale Sammlungen)

gegenüber dem Haupteingang eine Erhöhung des Fußbodens gewonnen, auf welche zwei Stufen hinaufführten. Dieses Podium bedeckte ein Teppich, die Stufen wurden mit rotem Tuch belegt und ein Bodenbelag aus demselben Stoff führte zum Haupteingang. Das Material hatte das Hausmarschallamt geliehen. Die Sitzbänke der Abgeordneten waren demontiert und stattdessen Rohrstühle in zwei Halbkreisen von den Fenstern in Richtung Ausgang aufgestellt worden. Die Plätze für die Mitglieder der ersten Kammer befanden sich rechts vom Podium, jene für die Mitglieder der



als Saal zur Eröffnung bestimmt«

zweiten Kammer links. Für die Direktorien waren rotbetuchte Stühle weiter vorgeschoben. Auf der Estrade stand ein mit Samt bezogener Thronsessel für den König. Ein ebensolcher war unter den Kammermitgliedern für den Prinzen Johann aufgestellt. Für die Staatsminister lieferte das Hausmarschallamt mit rotem Plüsch bezogene Stühle, die auf der rechten Seite des Podiums an den Fenstern standen.

Der Hof hatte zwar noch die Ausstattung übernommen, die Eröffnung fand jedoch nicht mehr im Schloss statt. Im Gegensatz zu England fand die Zeremonie in Sachsen auch nicht im prächtigeren Ober-, sondern im Unterhaus, also der Zweiten Kammer, statt. Hierfür waren vor allem praktische Gründe ausschlaggebend. Die Erste Kammer war zwar prunkvoller eingerichtet, bot aber deutlich weniger Platz. Der Raum der Zweiten Kammer war sichtbar größer und der zentrale und so-

mit würdevollste Raum im Gebäude. Heute befindet sich an dieser Stelle ein Treppenhaus des Dresdner Stadtmuseums.

Märzrevolution 1848

Im Jahr 1848 machte es die Märzrevolution erneut nötig, einen außerordentlichen Landtag einzuberufen. In der angespannten Situation wollte das Gesamtministerium dem König ersparen, im eigenen Schloss in eine unangenehme Lage versetzt zu werden. Man entschied sich dafür, die Eröffnung wie 1847 durchzuführen. Auch fiel der Beschluss, »die Staatsminister von Anlegung der Hofuniform bei jener Feierlichkeit« zu entbinden. Damit nahm man der Zeremonie zwar einen Teil ihrer würdevollen Erscheinung, vermied es auf diese Weise jedoch, die Revolutionäre zu provozieren. Gemeinsam mit dem königlichen Haus wurde aber beschlossen, dass der Monarch

persönlich anwesend sein sollte und die Eröffnung nicht einem seiner Minister überließ.

In den darauf folgenden Jahren tagten zwei Landtage, zusammengesetzt nach einem demokratischeren Wahlgesetz. Bei diesen »Revolutionslandtagen« wurde stets das Zeremoniell von 1847 angewandt. Am 1. Juni 1850 löste die Regierung die Kammern auf und beendete die Revolution auf der Ebene des Parlaments. Die Presse wurde wieder unter die Aufsicht des Staates gestellt, freie Vereine und Versammlungen verboten. Per Dekret wurden die Abgeordneten von 1848 aufgefordert, sich wieder zu einem Landtag zu versammeln. Dies kam einem Staatsstreik gleich. Gleichwohl hielt man zunächst an der Parlamentsöffnung im Sitzungsraum der Zweiten Kammer fest.

Im Jahr 1854 bestieg König Johann den sächsischen Thron. Vor dem anstehenden Landtag teilte das Oberhofmarschallamt

dem Gesamtministerium mit, auf Anordnung seiner Majestät zum früheren Verfahren zurückzukehren und die Eröffnung wieder im Schloss stattfinden zu lassen. Johann hatte zuvor als Abgeordneter an zahlreichen Landtagen teilgenommen und war bemüht, nach 1848 den alten Glanz der Versammlung wieder herzustellen. Er entschied sich, die Abgeordneten wie zuvor ins Schloss zu laden. Indem der König die Landtagsabgeordneten zu sich bat, verdeutlichte er ihre verfassungsmäßige Stellung. Diese lag darin, dem Monarchen nachgeordnet, bei der Gesetzgebung beratend zur Seite zu stehen. Anders als in Großbritannien blieb im Königreich Sachsen die Landtagseröffnung in der Zweiten Kammer eine Episode. Das lässt sich auch als Symbol für den Stellenwert des damaligen Parlaments im monarchischen Machtgefüge lesen.

www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte



Ausstellung

Neues Wohnen und Leben in Sachsen

»Städtebauförderung in Sachsen – Neues Wohnen und Leben« ist eine Ausstellung überschrieben, die der Verein Kunst+Projekte e. V. vom 1. bis 23. März 2016 im Bürgerfoyer des Landtags präsentiert. Die Ausstellung zur Entwicklung des Wohnens und der Gestaltung der Wohnumwelt in Sachsen seit Anfang der 1990er-Jahre zieht ein Resümee nach 25 Jahren. Anhand von neu errichteten, sanierten, rekonstruierten und einer neuen Nutzung zugeführten Gebäuden, die vorrangig Wohnzwecken dienen, werden die Veränderungsprozesse des letzten Vierteljahrhunderts in Sachsen an Beispielen der Stadtplanung und -entwicklung sowie aus der Praxis von Wohnungsunternehmen, Investoren, Bauträgern, Stadtplanern und Architekten dargestellt.



Foto: S. Floss

Antrittsbesuch des georgischen Botschafters beim Sächsischen Landtag

Der Botschafter von Georgien, S.E. Lado Chanturia, hat dem Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbner, am 20. Januar 2016 seinen Antrittsbesuch abgestattet. Im Fokus des Gesprächs standen die engen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Georgien. So war Deutschland das erste Land, das Georgien nach seiner Unabhängigkeit 1992 anerkannt hat. Außerdem sprach der Botschafter mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner über die Annäherung Georgiens an die Europäische Union. Im Juni 2014 unterzeichneten Georgien und die EU ein Assoziierungsabkommen, das auch ein Freihandelsabkommen umfasst. Der Botschafter verwies ebenso auf die zahlreichen marktliberal orientierten Wirtschaftsreformen seines Landes.

Lado Chanturia ist seit dem 19. Februar 2014 Botschafter von Georgien in der Bundesrepublik Deutschland.



Dokumentation zur Konferenz »Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?« erschienen

In Klosterneuburg bei Wien unternahm 2015 die Konferenz des Forums Mitteleuropa eine kritische Bestandsaufnahme, in der sich die Referenten und Diskutanten über

den Zustand und die politischen Handlungsoptionen Mitteleuropas austauschten. Nach einflussreichen Vorträgen durch den Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Röbner, und den Präsidenten des Landtags von Niederösterreich, Hans Penz, gab der EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn ein Impulsreferat über die Europäische Union als Akteur in der Flüchtlingskrise. Ferner diskutierten unter dem Titel »Was hält Mitteleuropa zusammen« Wissenschaftler und Journalisten über zentrale Themen. Die Dokumentation wird kostenfrei an Interessierte versendet.

SERVICE

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

16.–17.03.2016
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

20.–21.04.2016
26.–27.05.2016
22.–23.06.2016
11.08.2016
31.08.–01.09.2016
09.–10.11.2016
13.–16.12.2016

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internet-auftritt. Weiterhin werden die aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regional-

fernsehen ausgestrahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag
Veranstaltungen,
Besucherdienst und
Publikationen
Bernhard-von-
Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von
10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr
bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 05.02.2016

Gastautor: Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, 09627 Bobritzsch; Andreas Hoffmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden



www.landtag.sachsen.de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt